

Die Dorfbesetzung von Wukan hat auch innerhalb der chinesischen Führungsschicht einen ungewöhnlich offenen und öffentlich geführten Diskussionsprozess ausgelöst. Dieser Meinungsaustausch führt vor Augen, wie intensiv innerhalb der Kommunistischen Partei um die künftige strategische Ausrichtung gerungen wird. Angesichts des im nächsten Jahr bevorstehenden Führungs- und Generationenwechsels ist schwer abzuschätzen, ob das Eingehen auf die Forderungen der Dorfbesetzer von Wukan nur als taktisches Manöver, oder als echte strategische Weichenstellung zu verstehen ist.

Zwei im Internet veröffentlichte Debattenbeiträge sollen abschließend und stellvertretend für die progressiven Strömungen innerhalb der chinesischen Nomenklatura besonders hervorgehoben werden: Zum einen äußerte sich mit Hu Deping der älteste Sohn des früheren KP-Generalsekretärs Hu Yaobang, dessen Tod im April 1989 die Studentenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking auslöste. Hu sieht in Wukan die Chance, die

chinesische Gesellschaft künftig stärker auf demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen aufzubauen. Insofern könne sich die Nation ein Beispiel an Wukan nehmen. Zum anderen nahm Wu Si Stellung. Er ist Herausgeber der angesehenen Zeitschrift *Yanhuang Chunqiu*, einem monatlich erscheinenden Parteiorgan, das für seine durchaus regierungskritischen Analysen bekannt ist. Wu fordert in seinem Beitrag einen echten Paradigmenwechsel. Konflikte sollten in Zukunft auf rechtsstaatlicher Grundlage, und gestützt auf bürgerliche Freiheiten, von unabhängigen Gerichten entschieden werden.

Wenn die Geschehnisse in Wukan dazu beitragen könnten, dass fortschrittliche Stimmen wie die von Hu und Wu in der chinesischen Gesellschaft sowie in der politischen Klasse Chinas mehrheitsfähig werden, wäre für die Menschen in China viel gewonnen. Der Wunsch nach mehr Recht und Freiheit für China sowie nach schrittweiser Demokratisierung hat einen Namen: Wukan. ■

Christoph Zöpel

Demokratie in den Arabischen Staaten erfordert Wohlfahrtsstaatlichkeit

Der arabische Frühling und die europäische Freude darüber sind zu einem kurzzeitigen Ereignis geschrumpft. Die tunesischen Funken sprühten nicht weit genug. Sie verlöschen im Gegenwind arabischer Gegner oder im zu lauen Lüftchen europäischer Unterstützung. Diese basiert auf mangelnder Kenntnis der sozialen Probleme arabischer Staaten, auf einseitigem Menschenrechtsverständnis und auf traditioneller, aber höchstens noch punktuell wirksamer Machtpolitik. Die Alternative dazu ist der Einsatz für Wohlfahrtsstaatlichkeit. Die ILO propagiert sie global in ihrer *Social Protection Floor Initiative*, die Sozia-



Christoph Zöpel

(* 1943) Staatsminister a.D., war u.a. von 1978 bis 1990 Minister in NRW und von 2003 bis 2007 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. U.a. Autor von: *Politik mit 9 Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft*.

christoph.zoepel@t-online.de

listische Internationale hat 2010 ein Konzept von *Global Welfare Statehood* beschlossen.

In der arabischen Realität sprangen Funken nach Libyen über, dort ist der Diktator mit militärischer Luftunterstützung der NATO gestürzt worden, wie es demo-

kratisch weitergeht, weiß niemand. Meinungsumfragen zeigen keine Begeisterung für »westliche« Demokratie. Nach dem Aufblenden in Ägypten, befeuert durch eine internetaufgeklärte Jugend, wurden Wahlen von islamistischen Parteien gewonnen, die Macht hat weiter das Militär. In Syrien lässt der Präsident seine Gegner zusammenschießen, westliche Luftschläge aber erfolgen nicht. In Jordanien und Marokko kamen einige Funken an, die dort etablierten Monarchen suchen Reformen in kleinen Schritten, in Marokko wurde nach Verfassungsänderung und Wahlen der Führer der islamistischen Siegerpartei Premierminister. Auch in Tunesien wurde gewählt, die Islamisten gingen ein Bündnis mit säkularisierten Parteien ein.

Öffentlichkeit und Außenpolitik in Westeuropa sahen nach den Demonstrationen einer jungen Generation, nach dem Sturz autoritärer und sich bereichernder Präsidenten Freiheit und Demokratie auf dem Vormarsch. Die Entwicklung in Ägypten, Syrien und in Libyen zeigt jedoch, wie begrenzt die europäischen und auch die US-amerikanischen Machtmittel sind. Mitunter lässt sich Militär einsetzen, bei 80 Millionen Ägyptern und bei Israels Nachbarn Syrien schon nicht mehr. Allein die deklamatorische Hoffnung auf freiheitsliebende jüngere Menschen bleibt die Perspektive westlicher Politik. Bietet der Westen aber tatsächlich Lösungen an, die vor allem von gut ausgebildeten Jüngeren in den arabischen Staaten erwartet werden?

Die arabischen Demonstranten gehören zu einer Generation, die gut informiert ist über ihre soziale und politische Lage. Diese Generation kommuniziert auf neuen Wegen, entwickelt dabei Spontaneität und hat sich auf ein schnell erreichbares Ziel verständigt: »Weg mit dem Schuldigen«. So sind Ben Ali und Mubarak verschwunden, nicht verändert hat sich aber die soziale Lage. Primär deshalb sind islamisch orientierte Kräfte bei den Wahlen erfolgreich, mit traditionellen Lösungen, rückwärtsgewandt

im Vergleich zu den neuen Vorstellungen der Internetgeneration.

Diese kennt durchaus die gravierenden Unterschiede der sozialen Chancen zwischen europäischen und arabischen Staaten. Die ILO bestätigt dies: Gründe der arabischen Aufstände sind – verbunden mit demokratischen Defiziten – vor allem die Hindernisse für faires Wachstum und soziale Gerechtigkeit. Diese Hindernisse haben zu Armut, Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Exklusion geführt. Das Wachstum der letzten Jahre hat überwiegend unqualifizierte Jobs entstehen lassen, die dann teilweise von Migranten ausgefüllt wurden. Es gibt Mängel in der Infrastruktur sowie unterschiedliche Bildungschancen und ungleichen Zugang zu den modernen Kommunikationsmitteln. Die Beschäftigungsanteile in Nordafrika und im Mittleren Osten betragen 2010 nur 46,6 % bzw. 45,4 % der Erwerbsbevölkerung, verglichen mit dem Weltdurchschnitt von 61,1 %. Die Arbeitslosigkeit in der Region betrug 2010 etwa 10 %, der Weltdurchschnitt lag bei 6,5 %. Die Jugendarbeitslosigkeit in den arabischen Staaten ist weltweit die höchste, über 24 %, bei einem Weltdurchschnitt von 12,5 %. Die Arbeitslosigkeit führt in die informelle Arbeit, 65 % der Jüngeren haben keinen Arbeitsvertrag.

Fehlender sozialer Schutz

Die Arbeitslosigkeit der 15 – 35-Jährigen ist ein Übergangsproblem der globalen Bevölkerungsentwicklung, eine Folge der hohen Geburtenraten in den 80er und 90er Jahren. In 20 Jahren wird sie überwunden sein. In Tunesien liegt die Kinderzahl pro Frau heute bereits unter zwei.

Experten in Europa ist das alles bekannt, es gibt auch europäische Empfehlungen dazu. Die EU kooperiert vertraglich mit den arabischen Staaten, manche ihrer Dokumente sprechen auch von einer sozialen Dimension der Partnerschaft. Re-

levant aber wurde diese bisher nicht. Eher gab es marktorientierte Empfehlungen, die Wachstum ermöglichten, aber zugleich die soziale Ungleichheit erhöhten. Dennoch haben einige arabische Regierungen manche bildungspolitische Einsichten übernommen, vor allem, dass Bildung die sozialen Chancen und damit auch die gesellschaftliche Integration verbessert.

Nicht entstanden ist ein auf privates Eigentum gestütztes Unternehmertum; der Staat bleibt weiterhin der wichtigste Arbeitgeber. Die Empfehlungen der EU dazu lauten: weniger Staat und für den Privatsektor geringere Steuern und soziale Abgaben. Die Regierenden in den arabischen Staaten interpretierten diese Empfehlungen auf ihre eigene Art und Weise: Sie wurden, Klientelismus schaffend, selbst privatwirtschaftlich tätig oder sie erlaubten Auslandsinvestitionen mit geringen sozialen Auflagen. Die gut ausgebildete junge Generation findet so weder beim Staat Arbeit und soziale Sicherheit, noch viel weniger bei Privatunternehmen oder im gänzlich schutzlosen informellen Sektor. Ohne Krankenversicherung und ohne Rentenansprüche zu Minimallöhnen zu arbeiten ist in vielen arabischen Staaten daher Realität für über die Hälfte der Arbeitsfähigen.

Bedauerlicherweise hat Europa weniger diese Tatsachen im Fokus als vielmehr zwei ihrer Folgen: Migration und Korruption. Doch beides lässt sich erst dann eindämmen, wenn ausreichend sozial abgesicherte Arbeit zur Verfügung steht.

Der eingeengte Menschenrechtsbegriff

Diese eurozentristische Wahrnehmung von sozialen Problemen, Migration und Korruption hängt mit dem verschobenen europäischen Menschenrechtsverständnis zusammen. Freiheit und Demokratie als »westlich« zu verstehen, schränkt ihre universelle Geltung ein, die Menschenrechte

mit Blick auf den arabischen Raum auf Meinungs- und Glaubensfreiheit zu konzentrieren, halbiert sie gleichsam. Freiheit von Not und Furcht sind aber gleichberechtigt universell. Es ist die vielleicht größte Leistung europäischen Denkens, Individualität und soziale Sicherheit in der Demokratie im Sinne sozialer Integration miteinander zu verbinden. Diese Idee überwand nationalistische oder religiöse Intoleranz und Aggressivität. Nach dieser Einsicht ist Demokratie in arabischen Staaten nur durch gemeinsame soziale Sicherheit in einem europäisch-arabischen Raum möglich. Dies könnte auch den Islam, wie zuvor das Christentum, toleranter machen.

Mit dem Konzept globaler Wohlfahrtsstaatlichkeit (*Global Welfare Statehood*) will die Sozialistische Internationale die westlichen Erfahrungen sozialer Integration weltweit nutzen. Ein Diskurs dazu mit einigen sozialdemokratisch orientierten Parteien aus arabischen Staaten zeigt, dass dies durchaus möglich ist. Marokko und Tunesien bieten dazu geeignete Voraussetzungen, in Jordanien wie im kurdischen Irak ließen sie sich schaffen. Auf folgende elf Punkte, die eine Perspektive aufzeigen, haben sich europäische und arabische Sozialdemokraten verständigt. Die ersten drei verdeutlichen die Grundlagen von Wohlfahrtsstaatlichkeit:

(1) Der Sozialstaat basiert auf dem Zusammenhang von sozialem Schutz, sozialer Integration und gleichen Chancen einerseits und gerechter Besteuerung andererseits.

(2) Er gründet auf den Werten von sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und Vollbeschäftigung. Damit steht er nicht im Widerspruch zu Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung in demokratischen Marktwirtschaften mit Privateigentum.

(3) Im Sozialstaat gibt es sieben »Brücken« der sozialen Integration: Bildung für alle jungen Menschen, berufliche Ausbildung, berufliche Integration nach der

Ausbildung, lebenslanges Lernen, Gesundheitssicherung, Wiedereingliederung in das Berufsleben nach der Arbeitslosigkeit sowie ein Rentensystem für Ältere.

(4) Informelle Arbeit und informelle soziale Sicherheit sind der entscheidende Gegensatz zu Wohlfahrtsstaatlichkeit. In den meisten arabischen Staaten ist ihre Überwindung eine große Herausforderung.

(5) Eine Steigerung der Beschäftigung muss im Privatsektor erfolgen, besonders in kleinen und mittleren Unternehmen. Der öffentliche Sektor kann Vollbeschäftigung nicht schaffen. Aber Beschäftigte im Privatsektor brauchen starke unabhängige Gewerkschaften und Tarifverträge, Mindestlöhne können dabei nützlich sein. In arabischen Staaten sollten sie nicht unter 250 Dollar im Monat liegen und parallel zum Bruttoinlandsprodukt pro Kopf steigen. Ein Problem arabischer Staaten bleibt die Stärkung der Kaufkraft durch Preissubventionen. Allerdings sollten sie längerfristig durch nachhaltigere Politik abgelöst werden.

(6) Soziale Sicherheit erfordert ein Gesundheitssystem mit einer Versicherung für alle, die von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und dem Staat finanziert wird, der die Beiträge für die Arbeitslosen zahlt. Die Krankenversicherung sollte die medizinische Versorgung voll finanzieren, die Mitgliedschaft sollte obligatorisch sein. Das Rentensystem sollte zur Hälfte von den privaten oder staatlichen Arbeitgebern, zur Hälfte von den Beschäftigten finanziert werden. Seine transparente und nicht korrupte Verwaltung ist Akzeptanzvoraussetzung.

(7-8) Gründungen von kleinen und mittleren Unternehmen sollten durch Steuererleichterungen unterstützt werden. Im Güter- wie im Dienstleistungssektor, besonders im Tourismus, sollten ausländische Investoren soziale Konditionen, vergleichbar denen, die im Heimatstaat gelten, akzeptieren. Für Agrarprodukte und Dienstleistung wäre ein erleichterter Zugang zum EU-Markt von Vorteil.

(9-10) Ein stabiler und effektiver öffentlicher Sektor muss verantwortlich sein für Gesundheit, Bildung und Infrastruktur, also die öffentlichen Güter für jeden bereitstellen. Der Staat braucht dazu stabile öffentliche Finanzen als Grundlagen einer funktionsfähigen krisensicheren Wirtschaft mit niedriger Inflation, hohem Wachstum und Realeinkommenssteigerungen. Selbstverständlich ist das Steuerniveau in besser entwickelten Staaten mit gelungener sozialer Integration höher als in weniger entwickelten ohne soziale Integration. Aber die arabischen Staaten müssen versuchen, eine gerechtere Einkommensverteilung durch gerechte Besteuerung zu erreichen. Sie kann sich auf nicht investierte Einkommen konzentrieren. Dabei sind Budgetdefizite durch ausreichende Einnahmen vermeidbar. Es ist sicher schwierig, die Bürger zu überzeugen, dass öffentlich finanzierte soziale Sicherheit von Vorteil für alle ist. Dazu muss die Steuererhebung effektiv und ehrlich sein.

(11) Die arabischen Staaten sollten die Banken so regulieren, dass hochrisikoreiche Anlagen auf den globalen Finanzmärkten vermieden werden und die Banken der Realwirtschaft verpflichtet bleiben.

Der Diskurs zwischen den Reformakteuren Europas und der arabischen Staaten erfordert zunächst die Einsicht in die Unterschiede der sozialen Verhältnisse in beiden Bereichen. Sie sind begründet in traditionellen ökonomischen und kulturellen Strukturen und im Fehlen eines staatlich garantierten sozialen Schutzes im arabischen Raum. Die Familie und religiös verankerte soziale Verantwortlichkeit können staatliche Sozialpolitik aber nicht ersetzen. Längst ist deutlich, dass die industrielle Produktion und die Nutzung neuer Technologien auch in arabischen Staaten möglich sind, die enormen Unterschiede wirtschaftlicher Entwicklung zwischen den arabischen Staaten zeigen das. Warum sollte das bei der Etablierung einer staatlichen Sozialpolitik nicht auch möglich sein? ■